

Nr. 15/215

Fragestunde

1. Kinder-, Jugend- und Familienfördergesetz
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Zachau und Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen vom 24. Februar 2000
2. Völkerrechtliche Bewertung von Fixerstuben
Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der
CDU vom 25. Februar 2000
3. Islam-Unterricht
Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 25. Februar 2000
4. Kokain statt Heroin
Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der
CDU vom 25. Februar 2000
5. Keine Haft für Sexualtäter?
Anfrage der Abgeordneten Brigitte Sauer, Herderhorst, Eckhoff und Fraktion
der CDU vom 28. Februar 2000
6. Verpflichtung auf Koalitionsvereinbarung in Arbeitsverträgen
Anfrage der Abgeordneten Mützelburg, Karoline Linnert und Fraktion Bünd-
nis 90/Die Grünen vom 28. Februar 2000
7. Hansestadt Bremisches Hafenamts Bremerhaven kauft Häuser?
Anfrage der Abgeordneten Schramm, Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis
90/Die Grünen vom 28. Februar 2000
8. Containerdepot auf dem CT-III-Gelände
Anfrage der Abgeordneten Schramm, Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis
90/Die Grünen vom 28. Februar 2000
9. JUMP 2000
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Karoline Linnert, Zachau und Frak-
tion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Februar 2000
10. Pathologische Fehldiagnosen und Brustamputationen
Anfrage der Abgeordneten Brigitte Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU
vom 1. März 2000
11. Präsenzpflicht für Richter
Anfrage der Abgeordneten Dr. Kuhn, Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 2. März 2000
12. Dienstpflichten von Professorinnen und Professoren
Anfrage der Abgeordneten Dr. Kuhn, Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 2. März 2000

13. „Hunde“ -Steuergeheimnis contra Schadensersatz
Anfrage der Abgeordneten Sandra Speckert, Eckhoff und Fraktion der CDU
vom 2. März 2000

14. Heil- und Hilfsmittelversand
Anfrage der Abgeordneten Waltraud Hammerström, Böhrnsen und Fraktion
der SPD vom 6. März 2000

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

15. Bekämpfung des Drogenhandels
Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom
6. März 2000

16. Schließung des Fahrkartenhauses beim Bahnhof Bremerhaven-Lehe
Anfrage der Abgeordneten Töpfer, Edith Wilts, Böhrnsen und Fraktion der
SPD vom 6. März 2000

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der
Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

17. Ausschreibungsverfahren für den SPD-Stadtverordneten Werner Fink
Anfrage des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 6. März 2000

Die Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

18. Auslandsstipendien von Studenten aus Bremen
Anfrage des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 6. März 2000

19. „Zeitgeistliche Kunst“
Anfrage des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 6. März 2000

20. IT- und Medienberufe im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Brumma, Helga Ziegert, Böhrnsen und Fraktion
der SPD vom 14. März 2000

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der
Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 15/216

Gesellschaftliche Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 6. Dezember 1999
(Drucksache 15/138)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Februar 2000

(Drucksache 15/215)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/217

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 15/218

Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 23. Dezember 1999
(Drucksache 15/157)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. März 2000

(Drucksache 15/242)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/219

Illegale Beschäftigung wirkungsvoll bekämpfen – Vergabe öffentlicher Aufträge effektiv organisieren

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 21. März 2000
(Drucksache 15/251)

1. Der Senatsbeschluss vom 20. Juli 1998, der die Einrichtung einer zusätzlichen Ermittlungsgruppe Schwarzarbeit im Rahmen des Konzeptes „Nachhaltige Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit im Land Bremen“ vorsieht, ist unverzüglich umzusetzen. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) bis Ende Mai 2000 über den Stand der Umsetzung erneut zu berichten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, bis Ende Mai 2000 zu berichten, zu welchen Verstößen gegen geltendes Recht es auf öffentlichen Baustellen seit dem 1. Januar 1998 gekommen ist und durch welche Maßnahmen in Zukunft derartige Vorkommnisse bei öffentlichen Baumaßnahmen verhindert werden sollen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, bis Ende Mai 2000 darzulegen, wie zukünftig sichergestellt wird, dass geltende Gesetze und allgemeinverbindliche Tarifverträge bei öffentlichen Auftragsvergaben eingehalten werden. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet hierzu die Einbeziehung von Konzepten und Erfahrungen in anderen Bundesländern (z. B. NRW, Hamburg und Bayern).
4. Der Senat wird gebeten, bezüglich einer parlamentarischen Begleitung und Kontrolle größerer Vergaben Vorschläge für vereinheitlichte Verfahren in allen Senatsbereichen zu entwickeln und der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 30. September 2000 zu berichten.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, umgehend eine Bundesratsinitiative für gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung mit dem Ziel zu ergreifen, die Zusammenarbeit der Verfolgungsbehörden und insbesondere den gegenseitigen Austausch der im Zusammenhang mit der Beschäftigung illegaler Tätigkeiten anfallenden Daten zwischen den Verfolgungsbehörden des Bundes, der Länder sowie sonstiger beteiligter Stellen über die bisher bestehenden Möglichkeiten hinaus zu verbessern.

Nr. 15/220

Förderung von Existenzgründungen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 28. Januar 2000
(Drucksache 15/186)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. März 2000

(Drucksache 15/235)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/221

Förderung von Existenzgründungen verbessern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. März 2000
(Drucksache 15/256)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen.

Nr. 15/222

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000
(Drucksache 15/203)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 15/223

21. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 20. April 1999

(Drucksache 14/1399)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 21. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Kenntnis.

Nr. 15/224

Stellungnahme des Senats zum 21. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1999
(Drucksache 15/75)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 21. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Kenntnis.

Nr. 15/225

Bericht und Antrag des Datenschutzausschusses zum 21. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz (Drs. 14/1399 vom 20. April 1999) und zur Stellungnahme des Senats vom 12. Oktober 1999 (Drs. 15/75) vom 23. Februar 2000

(Drucksache 15/221)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Datenschutzausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Datenschutzausschusses Kenntnis.

Nr. 15/226

Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2000
(Drucksache 15/198)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/227

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 9 vom 29. Februar 2000

(Drucksache 15/225)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/228

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 10 vom 14. März 2000

(Drucksache 15/244)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/229

Vermeidung und Bekämpfung von Schiffsunfällen in der südlichen Nordsee, der Außen- und Unterweser sowie in den bremischen Häfen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 7. März 2000
(Drucksache 15/231)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum 30. September 2000 der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten, welche Konsequenzen er aus den „Pallas“-Berichten des Untersuchungsausschusses im schleswig-holsteinischen Landtag und der von der Bundesregierung eingesetzten „Grobecker-Kommission“ sowie des Spruches des Seeamtes Kiel ziehen will.

Der Bericht soll Aussagen darüber enthalten, ob und ggf. welche neuen Sicherheitsmaßnahmen bei Schiffsunfällen, Öl- und Chemiekalienunfällen und bei Schiffsbränden auf der Außen- und Unterweser sowie in den bremischen Häfen und in der Deutschen Bucht notwendig sind.

Nr. 15/230

Ökonomische Anreizsysteme für umweltfreundlichen Seeverkehr

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. März 2000
(Drucksache 15/237)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/231

Ökonomische Anreizsysteme für einen umweltfreundlichen Seeverkehr

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 17. März 2000
(Drucksache 15/247)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum 30. September 2000 den Bericht des Institutes für Seeverkehr und Logistik vom Januar 2000 über „ökonomische Anreizsysteme für einen umweltfreundlichen Seeverkehr“ auszuwerten und der Bürgerschaft (Landtag) über die Ergebnisse dieser Auswertung sowie die daraus für die bremischen Häfen resultierenden Konsequenzen zu berichten.

2. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) in dem Bericht auch mitzuteilen, ob und ggf. wie andere deutsche und europäische Seehäfen ökonomische Anreizsysteme für einen umweltfreundlichen Seeverkehr bieten.

Nr. 15/232

Neugliederung der Seeämter

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 17. März 2000
(Drucksache 15/246)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die vom Bundesverkehrsministerium erneut vorgesehene Neugliederung der Seeämter mit einem Zentralamt in Hamburg gemeinsam mit den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zu verhindern und die bisherige Struktur zu erhalten.

Nr. 15/233

Die Rückkehr in das Kosovo den Realitäten anpassen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. März 2000
(Drucksache 15/249)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/234

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Konsequenzen aus der „Green-Card“-Debatte
Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. März 2000
(Drucksache 15/257)